

14. März 2005
Der Standard

Nordost-Umfahrung: Grüne befürchten weitere Autobahn Südosttangente soll quer durch die Donaustadt zur S1 verlängert werden

Wien - In der Debatte um die Errichtung der Wiener Nordost-Umfahrung (S1) warnen die Grünen vor einem weiteren hochrangigen Straßenprojekt im 22. Bezirk. Die Bundesstraße B3d, die als Verbindung zwischen der Südosttangente (A23) und der Umfahrung des Flughafens Aspern erschließen soll, könnte nämlich zur Autobahn ausgebaut werden, so Umweltsprecher Rüdiger Maresch am Montag in einer Pressekonferenz. Aus einer einfachen Bundesstraße würde damit eine Verlängerung der Tangente.

In der zwischen Bürgermeister Michael Häupl (S) und Infrastrukturminister Hubert Gorbach (F) abgeschlossenen Vereinbarung sei die Straße bereits als "B3d (A23)" eingezeichnet. Mareschs Negativ-Szenario: "Wir bekommen in die Donaustadt eine West-Ost-Autobahn hinein." Hintergrund sei, dass Wien für die Straße nicht bezahlen wolle und sie daher in das A-Bundesstraßennetz, für das der Bund zuständig sei, hinein reklamieren wolle.

Grüne warnen vor Anstieg des Transitverkehrs

Maresch befürchtet durch die Straßenbauprojekte im 22. Bezirk einen massiven Anstieg des Transitverkehrs: "Wir holen uns Inntaler Verhältnisse in den die Donaustadt hinein." Dazu komme, dass durch die S1 in der Außenvariante auf niederösterreichischem Gebiet ein Gewerbe-"Speckgürtel" entstehen werde, der wiederum zu mehr Verkehr führen werde.

Erfreut zeigte sich Maresch darüber, dass die Raffineriestraße nun doch nicht zur verlängerten Donauuferautobahn (A22) ausgebaut werden soll. "Da hat die Baulobby, die Stadt und das Ministerium einen großen Rückzieher gemacht." Bei der als Alternative geplanten Verbindungsstraße zwischen A22 und der Ostautobahn (A4) plädierte er für eine unterirdische Errichtung. Andernfalls würde das Schutzgebiet "Toter Grund" auf der Donauinsel zu Schaden kommen.

Sorgen äußerte Maresch erneut um das "Blaue Wasser" beim künftigen Südportal des Donautunnels der S1 in Simmering. "Ich verlange eine Garantie, dass kein Naturschutzgebiet in Mitleidenschaft gezogen wird", so der Grüne. (APA)